

## Antrag

**der Abgeordneten Klaus Ernst, Heike Hänsel, Fabio De Masi, Lorenz Gösta Beutin, Michel Brandt, Christine Buchholz, Jörg Cezanne, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Victor Perli, Tobias Pflüger, Bernd Riexinger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Dr. Sahra Wagenknecht, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.**

## Freihandelsabkommen EU-Mercosur stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
  1. Die Europäische Union (EU) strebt den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit dem Gemeinsamen Markt Südamerikas (Mercosur), bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, an. Eine Folgenabschätzung der London School of Economics, die im Oktober 2019 veröffentlicht wurde, gibt Kritikern des Abkommens recht: Positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in der EU wären minimal. Profiteur des Abkommens wäre vor allem die Fleischindustrie in Südamerika, die ihre Exporte in die EU erheblich steigern könnte; im Gegenzug profitiert insbesondere die Autoindustrie in Europa von der Senkung der Zölle auf Industriegüter.
  2. Der Amazonas-Regenwald brennt bereits heute, weil die Anbauflächen für Soja als Viehfutter bzw. Weideflächen für Rinder vergrößert werden sollen. Das Freihandelsabkommen, das EU und Mercosur abschließen möchten, wird die Zerstörung des Regenwalds weiter anheizen, mit verheerenden Auswirkungen auf das globale Klima. Immer mehr weltweiter Handel mit billigem Fleisch und Viehfutter heißt: mehr Landnahme, mehr Ausbeutung, weniger Urwald, weniger Klimaschutz.
  3. Die Festlegung der Vertragspartner auf das Pariser Klimaabkommen bleibt im Abkommen EU-Mercosur unverbindlich und ist nicht sanktionsbewehrt und deshalb kein Ausgleich für die negativen Klimafolgen durch Abholzung und zunehmende Containerschifffahrt. Der brasilianische Präsident Bolsonaro hat angedroht, aus dem Klimaabkommen auszusteigen und das Umweltministerium seines Landes aufzulösen. Vor diesem und dem Hintergrund der katastrophalen Menschenrechtslage im Mercosur-Staat Brasilien verbietet sich der Abschluss eines Abkommens.

4. Die Produktion von Lebens- und Futtermitteln für einen globalen liberalisierten Markt zerstört sowohl im exportierenden als auch im importierenden Land regionale Produktions- und Wertschöpfungsketten, die für die Entwicklung des Ländlichen Raums und für Umwelt- und Klimaschutz elementar sind. Die Gefahr, dass Produkte nach Europa kommen, die nicht den EU-Verbraucherschutzstandards entsprechen, vergrößert sich mit dem Abkommen EU-Mercosur. Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen sind sowohl in den Mercosur-Staaten als auch in Europa unzureichend.
5. Der EU-Unterausschuss des österreichischen Nationalrats hat deshalb die Regierung Österreichs auf ein Votum gegen das Abkommen mit dem Mercosur verpflichtet. Die Regierungen von Frankreich, Irland und Luxemburg haben grundsätzliche Bedenken gegen das Abkommen angemeldet. Es kann nur befremden, dass die Bundesregierung unbeirrt an dem Abkommen festhält.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

in der EU darauf hinzuwirken, dass der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit dem Mercosur nicht weiterverfolgt wird.

Berlin, den 17. Dezember 2019

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

## **Begründung**

Im Juni 2019 hatte sich die EU mit den Staaten des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) über ein Freihandelsabkommen geeinigt. Seit September 2019 wird der verabredete Text formaljuristisch überprüft. Die Unterzeichnung des Abkommens ist bis Herbst 2020 vorgesehen, anschließend müsste das Abkommen im Europäischen Parlament und in den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Wenn das Abkommen in Kraft tritt, wäre es das größte Freihandelsabkommen weltweit. In den beiden Wirtschaftsblöcken leben insgesamt 772 Mio. Menschen. Das jährliche Handelsvolumen beträgt rund 90 Mrd. Euro. Die Zölle für nahezu alle zwischen EU und Mercosur gehandelten Waren sollen abgebaut werden. EU-Exportunternehmen sollen Zölle im Umfang von 4 Mrd. Euro pro Jahr einsparen. Davon profitiert vor allem die europäische Autoindustrie, die bislang mit hohen Zöllen im Mercosur belegt war (35 Prozent auf Autos, 14 bis 18 Prozent auf Autoteile).

Das Abkommen geht aber noch darüber hinaus und enthält auch Festlegungen zur Liberalisierung von Dienstleistungen und zur Ausschreibung öffentlicher Aufträge sowie zu geistigen Eigentumsrechten oder Subventionen. Es gilt als gemischtes Abkommen. Das heißt, es muss auf EU-Seite nicht nur im Europäischen Parlament, sondern auch in den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Die Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung (Sustainability Impact Assessment in Support of the Association Agreement Negotiations) der London School of Economics hat im Oktober 2019 einige kritische Schlaglichter auf die Folgen eines solchen Abkommens geworfen: Haupt-Profiteure seien demnach die südamerikanischen Fleischproduzenten, die mit einer Steigerung ihrer Produktion um bis zu 5,7 Prozent rechnen dürften. Entsprechend wäre mit einem Anstieg der Fleisch-Importe aus den Mercosur-Staaten in die EU um bis zu 64 (Rindfleisch) bzw. 79 (anderes Fleisch) Prozent zu rechnen.

Die Landwirte in den EU-Mitgliedstaaten protestieren gegen das Freihandelsabkommen, weil sie fürchten, durch die vermehrten Agrarimporte aus Südamerika einem noch stärkeren Preisdruck ausgesetzt zu werden, der für

viele Betriebe existenzgefährdend werden kann. Auch der Deutsche Bauernverband hat sich kritisch zum Abkommen positioniert. Dazu kommt, dass Standards im Verbraucherschutz verstärkt unterlaufen werden können. So ist das Pflanzenschutzmittel Glyphosat, das in der EU umstritten und in Österreich sogar verboten ist, in Argentinien längst flächendeckend im Einsatz.

Auch Regulierungen bezüglich der Grenzwerte für Pestizide, des Einsatzes von Antibiotika, der Verwendung von genveränderten Organismen (GVO) und der Erzeugung hormonbehandelten Fleisches sind in Europa stärker als in den Mercosur-Staaten. Kooperationsmechanismen zwischen den Behörden sollen Handelshemmnisse wie diese zukünftig identifizieren und beseitigen. Für die Bewertung soll das Risiko- statt das in Europa verankerte Vorsorgeprinzip gelten. Auch die Kontrolle der Einhaltung der EU-Standards durch die EU-Mitgliedstaaten ist angesichts bereits heute unzureichender Lebensmittelkontrollen in Europa und Deutschland fraglich („Keeping Food in Check“, Report zur Lebensmittelüberwachung in Europa, vorgestellt vom Europäischen Dachverband BEUC am 22. Oktober 2019). Ein Gammelfleischskandal in Brasilien 2017, der auch Fleischerzeugnisse für den europäischen Markt betraf, war auf Bestechung der Lebensmittelkontrolleure vor Ort zurückzuführen.

Die Weltöffentlichkeit hat im August 2019 mit Entsetzen verfolgt, wie die Brandrodungen im brasilianischen Regenwald auf immer größere Teile des Amazonas übergriffen. Dahinter stehen die wirtschaftlichen Interessen der Vieh- und Sojakonzerne, die die volle Rückendeckung des brasilianischen Präsidenten, Jair Bolsonaro, genießen. Durch das geplante Freihandelsabkommen kommt man den Interessen dieser Akteure nach: Die geplanten Zollvergünstigungen werden Fleisch- und Soja-Exporte aus Brasilien in die EU weiter fördern und damit zu noch mehr Landnahme und noch weniger Urwald führen. Die Folgen für Umwelt und Klima werden verheerend sein.

Menschenrechtsorganisationen in Lateinamerika und der EU protestieren gegen das geplante Abkommen, weil der brasilianische Präsident Bolsonaro die Rechte der indigenen Bevölkerung missachtet, indem er ihre Schutzgebiete für die Rodung freigibt. In der expandierenden brasilianischen Fleischindustrie herrschen teilweise sklavenähnliche Arbeitsbedingungen. Gewerkschaftliche Rechte wurden unter Bolsonaro eingeschränkt. Menschenrechtsorganisationen und oppositionelle Gruppen werden in ihrer Arbeit systematisch behindert, kriminalisiert und sogar ermordet, wie die linke Stadträtin Marielle Franco, die am 14. März 2018 in ihrem Auto erschossen wurde.

Die negativen Auswirkungen des Abkommens auf Klima und Umwelt sowie auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Südamerika und in der EU sind so schwerwiegend, dass sie sich auch nicht durch partielle Korrekturen am Text oder Zusätze in den Nachhaltigkeitskapiteln beheben lassen. Die schlechte Menschenrechtslage vor allem in Brasilien ist keiner Weise in dem Abkommen thematisiert und wird durch das Abkommen keinesfalls verbessert. Das Abkommen muss deshalb unverzüglich gestoppt werden.

